

geschäften jeder Art. Die Tätigkeit der Ges. erstreckt sich vornehmlich auf Betriebe bauwirtschaftlicher Art.

Kapital: 250 000 RM in 250 Nam.-Akt. zu 1000 RM, übr. von den Gründern zu 104 %, die für die Sacheinlage gewährten Akt. zu pari.

Geschäftsjahr: Kalenderj. — **G.-V.:** Im ersten Geschäftshalb. — **Stimmrecht:** 1 Akt. = 1 St.

Bilanz am 31. Dez. 1932: Aktiva: Inventar 11 172, Wertpapiere 198 949, Schuldner 21 181, Darlehen an Vorstandsmitglieder 7523, Kasse einschl. Postscheck 3251, Bankguthaben (davon Deutsche Bau- u. Boden-

bank 28 215) 32 018, Rechnungsabgrenzung 26 305. — **Passiva:** A.-K. 250 000, Reserve-F. 3000, Rückstell. 20 000, Kreditoren 4771, Rechnungsabgrenzung 2165, Gewinnvortrag 1931 3445, Gewinn 1932 17 017, Sa. 300 399 RM.

Gewinn- u. Verlust-Rechnung: Debet: Löhne u. Gehälter 196 585, soziale Abgaben 8277, Abschreib. 2685, Besitzsteuern 5287, Unkosten 70 551, Rückstell. 4801, Gewinn 20 462. — **Kredit:** Gewinnvortrag 3444, Gebühren 291 182, Zs. 14 022, Sa. 308 648 RM.

Dividenden 1931—1932: 6, 6 %.

Zahlstelle: Ges.-Kasse.

Deutsche Landesbankenzentrale Aktiengesellschaft.

Sitz in Berlin NW 7, Unter den Linden 77.

Vorstand: Walter Lehmann, Landrat a. D. Rudolf v. Bitter, Stellv. Dr. Bruno Wolter.

Aufsichtsrat: Vors.: Staatssekretär z. D. Dr. Felix Busch, Berlin; Stellv. Gen.-Dir. Dr. Wolfgang Drechsler, Hannover; Ministerialrat Simon Abramowitz, Berlin; Staatsfinanzrat Hermann Brekenfeld, Berlin; Präsident Dr. Johann Eberle, Dresden; Ober-Reg.-Rat Dr. Felix Eckelmann, Dresden; Min.-Rat Walter Fimmen, Berlin; Präsident Dr. Erwin Gugelmeier, Berlin; Gen.-Dir. Dr. Ewald Huck, Königsberg i. Pr.; Staatsbankpräs. Prof. Dr. Dr. Hugo Jost, Weimar; Stadtrat Hermann Jursch, Präs. Dr. Ernst Kleiner, Berlin; Gen.-Dir. Dr. Josef Lammers, Wiesbaden; Bürgermeister a. D. Albert Paul, Magdeburg; Oberbürgermeister Dr. Heinz Rabeling, Oldenburg; Min.-Rat Dr. Franz Schrodt, Darmstadt; Min.-Rat a. D. Dr. von Schenck, Dir. Dr. Szagunn, Berlin; Landesbank-Dir. Landrat a. D. Dr. Otto Wachs, Kiel; Haupttritterschafts-Dir. Dr. Friedrich v. Winterfeld, Berlin.

Gegründet: 13./10. 1923; eingetr. 5./12. 1923.

Zweck: Im Verbands deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten zusammengeschlossenen Staatsbanken, Landesbanken und sonst. öffentlich-rechtlich. Körperschaften und Kreditanstalten sowie den mit diesen Anstalten in Verbindung stehenden staatl., provinz. oder kommunalen Verwaltungen für ihre wirtschaftl. Aufgaben als Vermittler zu dienen und sie auf ihrem Tätigkeitsgebiet zu fördern.

Im Rahmen des § 2 liegt der Ges. insbesondere ob die Ausführung aller der Erfüllung vorstehenden Zwecke dienenden Bankgeschäfte, auch die Aufnahme von Anleihen durch Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen. Der A.-R. bestimmt die bei der Geschäftsführung vom Vorstand innezuhaltenden Grenzen. Hierbei ist dafür Sorge zu tragen, daß die zum Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten gehörenden Mitgliedanstalten bei der Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben nicht behindert werden. — Im August 1931 wurde als neue Aufgabe die Gewährung von Lombardkrediten in Parallele zur Lombard-Bank der privaten Hyp.-Banken aufgenommen.

Im Jahre 1929 übernahm die Ges. die Verwalt. der neugegründeten Kreditgemeinschaft unter der Firma: Zentrale für Bodenkulturredit. An dieser Zentrale für Bodenkulturredit, Körperschaft des öffentl. Rechts, sind zurzeit beteiligt: Hannoversche Landeskreditanstalt, Hannover; Provinzialhilfskasse für die Provinz Niederschlesien, Breslau; Landesbank der Provinz Ostpreußen, Königsberg; Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale, Berlin; Mitteldeutsche Landesbank — Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen u. Anhalt, Magdeburg; Landesbank der Provinz Schleswig-Holstein, Kiel; Provinzialbank Pommern, Stettin; Staatliche Kreditanstalt, Oldenburg i. O.; Provinzialbank Oberschlesien, Ratibor; Provinzialbank Grenzmark Posen-Westpreußen, Schneidemühl. Das eingezahlte Stamm-Kap. beträgt 2 700 000 RM. — Die Zentrale für Bodenkulturredit hat bisher emittiert 5 000 000 GM. — 8 % Bodenkulturreditbriefe sowie 5 000 000 GM. — 7 % Bodenkulturreditbriefe.

Beteiligungen: Unter dauernden Beteiligungen befindet sich eine Beteiligung von hfl. 100 000, an der unter Mitwirkung von Lazar Frères in Paris gegründeten **Algemeene Maatschappij voor Grondercrediet in Amsterdam**. Hierauf ruht noch eine eventuelle Einzahlungsverpflichtung von hfl. 75 000. Die Ges. hatte sich von der Beteiligung versprochen, daß diese Gründung für die Abnahme von Pfandbriefen der öffentlichen Kreditinstitute in Betracht kommen könnte.

Kapital: 5 000 000 RM in 50 000 Nam.-Aktien zu 20 RM und 1000 Nam.-Akt. zu 4000 RM.

Urspr. 100 Milliarden M in 10 000 Akt. zu 10 000 000 Mark, übernommen von den Gründern zu 100 %. Laut G.-V. v. 20./5. 1924 Umstell. auf 100 000 RM in 5000 Nam.-Akt. zu 20 RM. Lt. G.-V. v. 28./7. 1924 Erhöh. um 900 000 RM in 45 000 Nam.-Akt. zu 20 RM. Die G.-V. v. 20./5. 1927 beschloß Erhöh. um 4 000 000 RM durch Ausgabe von 1000 Nam.-Akt. zu 4000 RM, die an die bisherigen Aktionäre sowie sonstige öffentlich-rechtliche dem Verbands angeschlossene Kreditanstalten und deren Gewährverbände zu 106 % bei einer Einzahlung von 25 % abgegeben wurden. Die restl. Einzahl. von 75 % wurde im Aug. 1931 eingefordert.

Großaktionäre: Deutsche Girozentrale, Berlin (rund 40 %).

6 % I. hyp. Gold-Tilg.-F.-Obligationen, Serie A vom 1./8. 1927: § 5 000 000; Stücke zu § 500 und 1000, Zs. 1./2. u. 1./8. Tilg.: Das Kapital ist fällig am 1./8. 1952. Die Tilg. erfolgt durch Verlos. zu pari aus einem jährlichen kumulativen Tilg.-F., welcher im Jahre 1929 beginnt. Die Landesbankenzentrale hat das Recht, durch Einlieferung von Schuldverschreibungen Serie A, die zu pari angerechnet werden, die jährliche Tilg.-Quote ganz oder teilweise zu decken. Ferner hat die Landesbankenzentrale das Recht, vom 1./8. 1937 ab die ausstehenden Oblig. mit mindestens 3monatiger Frist ganz oder teilweise zu pari zuzüglich laufender Zs. zurückzahlen. Sicherheit: Die Oblig. sind gesichert durch Abtretung von I. Hyp. auf Goldmarkbasis (1 GM = $\frac{1}{2700}$ kg Feingold) an den Treuhänder, die Preuß. Zentralgenossenschaftskasse in Berlin. Der Treuhänder hat darauf zu achten, daß der Betrag der Hyp. einschl. des Barbestandes niemals geringer ist als der Betrag der umlaufenden Oblig. Ferner sind die Oblig. von nachstehenden Banken im Verhältnis ihrer Beteilig. an den Oblig. garantiert: Landesbank der Rheinprovinz (25 %), Landesbank der Provinz Westfalen (15 %), Thüringische Staatsbank (15 %), Provinzialbank Oberschlesien (10 %), Hessische Landesbank (7,5 %), Landesbank der Provinz Schleswig-Holstein (7,5 %), Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden (7,5 %), Braunschweigische Staatsbank (5 %), Landeskreditanstalt zu Kassel (5 %), Staatliche Kreditanstalt Oldenburg (1,5 %), Lip-pische Landesbank, Staatliche Kreditanstalt (1 %). Der Erlös der Anleihe wird auf die obigen Landesbanken nach dem angegebenen Verhältnis verteilt und dient zum Erwerb von I. Hyp. auf neue Wohnhäuser, die 40 % des Schätzwertes des Grundstücks und der Baukosten nicht übersteigen. Die einzelne Hypothek darf 200 000 GM nicht übersteigen. — Treuhänder: Preuß. Zentralgenossenschaftskasse in Berlin. **Zahlst.: Boston, New York u. Chicago:** Lee, Higginson & Co. Zahlung von Kap. u. Zs. frei von allen gegenwärtigen und zu-